



Semper atque semper liberi ac indivisi

Banater Zeitung

Jahrgang/Nr.955

Wochenblatt für Temesch, Arad und das Banater Bergland

Mittwoch, 25. April 2012

In dieser Ausgabe

Nachdenken über die Heimatstadt
Literarischer Nachmittag mit Neuigkeiten aus dem Banat (Seite II)

Bildrausch – Unser Filmtipp der Woche
„Tage des Verrats“: Wo sitzt der Feind? Banater Kulturleben (Seite III)

Die städtebauliche Zukunft von Temeswar
Grundprinzipien des Entwicklungsplans der Stadt an der Bega Wirtschaft und Umwelt (Seite IV)

Qualität statt günstig
Tierpraxen in Temeswar Allerhand aus dem Banat (Seite VI)

Die nächste Ausgabe der Banater Zeitung erscheint am Samstag dem 5. Mai.

Gheorghiu-Dej, Iliescu, Ungureanu

Man könnte meinen, es wäre eine fragwürdige Assoziation. Was haben der Chef der rumänischen Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Kommunist der „Perestroika“, der heutzutage behauptet ein Sozialdemokrat zu sein und ein Premierminister Rumäniens, Mitglied der EU des Jahres 2012, gemeinsam? Es ist nicht die Tatsache, dass es führende Politiker der Rumänischen Kommunistischen Partei gewesen sind, weil der letzte nur im Zentralkomitee der Kommunistischen Jugend war. Nein, es ist ihre Einstellung und ihre Handlungen bezüglich Eigentum.

Gheorghiu-Dej hat uns alle in Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet, im Zuge des „Klassenkampfes“. Er hat aber auch Tausende eingesperrt und getötet. Der Staat hat damals seinen eigenen Bürgern fast alles weggenommen. Im Falle unserer Gemeinschaft, der Rumäniendeutschen, verbunden mit Deportation in die Sowjetunion und in den Bărăgan.

Iliescu kam „seltsamerweise“ nach dem Sturz von

Ceaușescu an die Macht. Die Umstände müssen noch geklärt werden. Aufgabe der Justiz und der Geschichte. Das Gleiche gilt für die „Besuche“ der Bergarbeiter in Bukarest, die geprügelt und getötet haben. Er erklärte, er möchte die Rückerstattungsfrage erledigen und es wurde das Gesetz Nr. 18/1991 verabschiedet. Nur, es war keine Lösung, sondern eine neue Enteignung, wenn man bedenkt, dass die maximale rückerstattete Fläche 10 Hektar betrug. Mehr noch, 1995 mischt sich

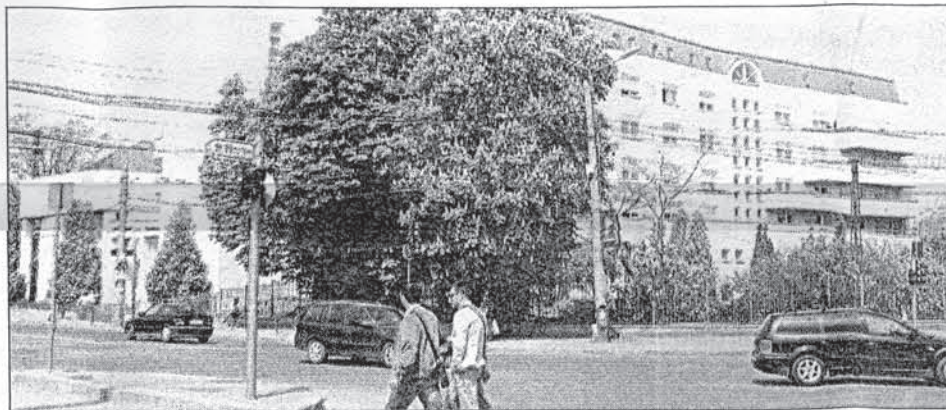
Staatspräsident Iliescu in die Angelegenheiten der Justiz ein und erklärt öffentlich, diese sollte zu Gunsten der Mieter, also gegen die rechtmäßigen Eigentümer entscheiden. Sofort danach folgt Gesetz 112/1995, wodurch die Mieter die Wohnungen und Häuser vom „Dieb“ – man lese Staat – für sehr vorteilhafte Preise kaufen durften (ohne entsprechende Grundstücke). Eine erneute Enteignung. Die Verzweiflung der Eigentümer nimmt zu, so wie ihr Alter. Nach dem Jahr 2000, bedingt vor allem durch die

Bemühungen Rumäniens der EU beizutreten, werden Rückerstattungs-gesetze für natürliche Personen, Minderheiten und Kirchen verabschiedet. Schleppend, geprägt durch Bürokratie und Korruption wird der Prozess der Rückerstattung in Gang gesetzt. Viele Bürger mussten prozessieren, viele gaben auf, manche unternahmen diesbezüglich gar nichts.

Ovidiu Ganț

DFDR-Abgeordneter

(Fortsetzung auf Seite 5)



Das Chaos um die Rückerstattung von enteigneten Besitztümern hat auch das AMG-Haus in Temeswar eingeholt. Obwohl von der Stadt zur Verfügung gestellt, gibt es einen Antrag auf Rückgabe eines Teils des Grundstückes.

Foto: Zoltán Pázmány

Politische Gespräche, Buchdruck und Lobbyarbeit

Aus der Agenda des DFDR-Abgeordneten im März

Als Begleiter der Präsidentin der Abgeordnetenammer Roberta Anastase fand sich der Abgeordnete des DFDR, Ovidiu Ganț, auf Berlin-Besuch. Er kam es zu Gesprächen mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, Susann Kastner, MdB und Gunter Krichbaum, MdB, über bilaterale Beziehungen, EU-Politik, deutsche Minderheit.

Anfang des Monats März wurde die politische Lobbyarbeit für die Finanzierung zur Sanierung von Kloster und Kirche Maria Magdalena abgeschlossen und der diesbezügliche Vertrag in Bukarest unterzeichnet.

Bei Gesprächen mit Bildungsminister Cătălin Iaba ging es dem Politiker des Deutschen Forums um den Druck von Lehrbüchern für den Unterricht

in den Sprachen der Minderheiten. Für den Deutschunterricht werden in diesem Jahr die Lehrbücher Deutsche Sprache und Literatur für die Klassen 2, 3 und 5 gedruckt.

Bei einem Gespräch mit Außenminister Cristian Diaconescu über deutsch-rumänische Beziehungen bat der Minister den DFDR-Abgeordneten, ihn zum geplanten Treffen mit Außenminister Guido Westerwelle nach Berlin zu begleiten.

Bei einer Begegnung mit der Präsidentin der Agentur zur Rückerstattung enteigneter Güter, erteilte Ovidiu Ganț eine Absage auch im Namen der Fraktion, was den Vorschlag der Regierung zur Novellierung des Restitutionsgesetzes angeht. Außerdem forderte der DFDR-Abgeordnete eine schnellere Abwicklung

der Restitutionsanträge der deutschen Minderheit und der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien wie auch der Bürger, die solche gestellt haben. Im März wurden 13 Anträge der Kirche erledigt.

Mit den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages sprach Ovidiu Ganț über europäische Agrarpolitik und deutsche Minderheit. Dabei lud er Mitglieder des Ausschusses ins Banat und nach Siebenbürgen ein.

Ovidiu Ganț, der Vorsitzende des DFDB, Karl Singer und der Bürgermeister von Temeswar, Gheorghe Ciuhandu, trafen sich zu einem Gespräch über die anstehenden Kommunalwahlen. Zum selben Thema führte Ganț ein Gespräch mit Bürgermeis-

ter Karl Rank aus Wolfsberg.

Der Abgeordnete besuchte im Monat März auch den Verwaltungskreis Kronstadt. Vor Ort führte er Gespräche mit Forumsmitgliedern in Kronstadt, Reps, Zeiden und Deutsch-Weißkirch. Die Forumsmitglieder wurden über die Politik des DFDR-Abgeordneten informiert. Beim Treffen mit dem Kronstädter Bürgermeister George Scripcaru ging es über Beziehungen zwischen diesem und dem deutschen Forum.

Der DFDR-Abgeordnete unterzeichnete den Gesetzesvorschlag, was die Nicht-rückzahlung von legal erhaltenen Zuschüssen von Beamten der Stadt- und Kreisverwaltungen in ganz Rumänien angeht. Der Vorschlag wurde von der UDMR initiiert.

Bilaterale Beziehungen,

politische Situation in Rumänien und deutsche Minderheit waren Thema eines Gespräches, das Ovidiu Ganț mit Dr. Christoph Zöpel (SPD), ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt, führte.

Der DFDR-Politiker beteiligte sich im vergangenen Monat an den Vorstandssitzungen der Regionalforen im Banat und in Siebenbürgen.

Ovidiu Ganț traf sich mit dem deutschen Botschafter in Bukarest, Andreas von Mettenheim, als sich dieser in Temeswar aufhielt. Zu Gesprächen kam es beim Mitgliederabend des Deutschen Wirtschaftsklubs, bei der Ausstellungsvernissage über deutsche Sprache und beim 10-jährigen Jubiläum des Deutschen Kulturzentrums.

Die kommunistische Watschn

Bundeskanzlerin Angela Merkel bekam am 19. April einen dringenden Appell seitens der Eigentümervereine ResRo, der deutschen „Interessenvertretung RESTITUTION in Rumänien e. V.“ und der Bukarester „Asociația pentru Proprietatea Privată“, „im Namen derer, denen die Regierung Rumäniens seit Jahrzehnten das gestohlene Eigentum vorenthält“. Die Bundeskanzlerin wird aufgeklärt und zum Eingreifen aufgefordert angesichts der geplanten „Maßnahmen der Regierung Rumäniens“, „um ihre bisherigen Menschenrechtsverletzungen zu besiegeln und offenes Unrecht in Recht umzuwandeln“.

Es geht um die echt kommunistische Watschn, die sich die Ungureanu-Regierung ausgedacht hat, „den größten Anschlag auf das private Eigentum seit dem Zusammenbruch des Kommunismus“, die „15-Prozent-Regel“, dass der rumänische Staat, als Rechtsnachfolger des kommunistischen Staates, künftig nur noch 15 Prozent des Schätzwerts von Enteignetem – und auch das nur gestreut über ein Jahrzehnt und mehr – rückzuerstatten bereit ist. Der Brief ging u.a. an Präsident Traian Băsescu, an Nicolas Sarkozy, David Cameron, Bundespräsident Joachim Gauck, den Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Christoph Berger, an diplomatische Vertretungen in Berlin, an UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, den Präsidenten des Europarats van Rompuy und an den Präsidenten des Europäischen Gerichts für Menschenrechte, Sir Nicolas Bartsa.

Bisher seien „nur zwischen 20-30 Prozent der eingereichten Rückgabeanträge für Immobilien und Grundstücke gelöst worden“, unterstreichen die beiden Organisationen, einschließlich „Fälle“, „die in korrupter Weise Unbefugten genehmigt wurden“, „was viele Antragsteller bewogen hat, sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)“ zu wenden, „wo zurzeit über 2000 Anträge auf Restitution in Rumänien auf ein Gerichtsurteil warten“. In einem Piloturteil des EGMR wird Rumänien angewiesen, „bis zum 12.7. 2012 die Restitutionsgesetze und deren Umsetzungsverfahren dahingehend zu ändern, dass rechtmäßige Eigentümer die konfiszierten Güter zeitnah zurück erhalten oder ihnen eine angemessene Entschädigung zugesprochen wird“. Die Reaktion auf die Mahnung ist dieser Gesetzentwurf, der alle bisherigen gesetzlichen Regelungen zur Restitution, außer Geldzahlungen, unter Akzeptanz aller Folgen streicht, Enteignete und deren Erben diskriminiert gegenüber denen, denen bisher Gerechtigkeit widerfuhr, keine Strafen für Verfahrensverschleppungen vorsieht und sogar rückwirkend angewandt werden soll. Denn „die drastische Kürzung“ wirkt sich „auch auf jene Fälle aus, in denen Geldentschädigungen genehmigt, aber noch nicht ausgezahlt wurden“, aber auch „auf die beim EGMR eingereichten Klagen, die seit dem Piloturteil auf eine Entscheidung warten“.

Ziemlich einzigartig in der Rechtsgeschichte und kaltschnäuzig.

Aber mit guten Chancen, im Bukarester balkanischen Parlament durchgewinkt zu werden.

Werner Kremm